

Das monatliche Magazin von Armand Zorn, Mitglied des Deutschen Bundestages

FRANKFURT – BERLIN | DIREKT



**Black History Month
im Deutschen Bundestag**

Seite 2-3

**Der Bundeshaushalt
2024**

Seite 5

**Rechtsextremismus
entschlossen bekämpfen**

Seite 7

INHALT

01

EDITORIAL

02

BLACK HISTORY MONTH IM
DEUTSCHEN BUNDESTAG

03

FOTOS VOM
BLACK HISTORY MONTH

04

VIER JAHRE
HANAU

05

DER BUNDESHAUSHALT
2024

06

DIE DIESJÄHRIGE
MÜNCHNER SICHERHEITSKONFERENZ

07

RECHTSEXTREMISMUS
ENTSCHLOSSEN BEKÄMPFEN

08

DER AI ACT
WURDE BESCHLOSSEN

09

DAS WAR MEINE
WAHLKREISTOUR

10

MEIN INFORMATIONSANGEBOT:
BERICHT AUS BERLIN

11

SCHÜLERPRAKTIKUM IM
WAHLKREISBÜRO



Editorial



Liebe Leserinnen und Leser,

für meine Wahlkreistour hatte ich mir die Fastnachtswoche ausgesucht und habe bei meinen Frühverteilungen und Infoständen viele Menschen in Feierlaune getroffen. Herzlichen Dank allen, die mit mir das Gespräch gesucht haben, und insbesondere auch allen Ehrenamtlichen für die Unterstützung! Der Beginn des Monats stand noch im Zeichen des gerade beschlossenen Bundeshaushalts 2024. Ich bin froh und stolz, dass wir trotz schwieriger Ausgangslage nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ein gutes Ergebnis erzielt haben. Am wichtigsten für mich: Es

wird keine Kürzungen im sozialen Bereich geben.

Stolz bin ich auch auf eine Veranstaltung, die ich für die SPD-Fraktion im Bundestag organisieren durfte: Anlässlich des Black History Month haben wir erstmals in der Geschichte des Parlaments in einer Paneldiskussion und anschließenden Ausstellung Schwarzes Leben in Deutschland in die Herzkammer unserer Demokratie geholt.

Eine besondere Ehre war es für mich, an der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz teilzunehmen. In diesen spannungs-

geladenen und vom Krieg geprägten Zeiten ist die offene Diskussion politischer Entscheidungsträger:innen wichtiger denn je. Trotz aller Krisen stimmt mich der Austausch vor allem mit jungen Teilnehmenden hoffnungsvoll.

Besondere Unterstützung haben mein Team und ich außerdem von insgesamt drei jungen Menschen bekommen, die in meinem Wahlkreisbüro ein Praktikum absolviert haben. Vielen Dank an Ida, Balázs und James für Eure gute Arbeit, Eure interessierten Fragen und Euer Engagement!

Mit den besten Grüßen

Black Voices! Black History Month im Deutschen Bundetag

Am 1. Februar habe ich gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion zum Black History Month in den Bundestag eingeladen. Mit der Veranstaltung „Black Voices! Black History Month“ ist erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Schwarzes Leben im Deutschen Bundestag gewürdigt worden.

Der Black History Month findet weltweit jährlich im Februar statt und erinnert an Schwarze Geschichte, besonders in den USA und Kanada. Seit den 1990er Jahren hat der Black History Month auch hierzulande mehr und mehr Aufmerksamkeit. Schwarze Organisationen veranstalten regelmäßig im Februar Community-Events, Bildungs- und Erinnerungsaktionen.

Nach einem Grußwort des Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich folgte ein bewegender Auftritt der

Sängerin Sera Kalo. Anschließend setzten sich starke Stimmen der Community in einem Panel zusammen, bestehend aus Allie Bangura, Gründer des Afro-Diasporisches-Akademiker-Netzwerk, Joshua Kwesi Aikins, Co-Autor des Afrozensus, Betiel Berhe, Ökonomin und Autorin und Katharina Oguntoye, Historikerin und Schriftstellerin, und diskutierten zu der Geschichte, Gegenwart und Zukunft Schwarzer Menschen in Deutschland.

Ein weiteres Highlight bildete die Ausstellung von bundesweiten Organisationen, Initiativen und Vereinen, die tagtäglich einen bedeutenden Beitrag für die Community und die Gesamtgesellschaft leisten. Über 350 Teilnehmende nutzten die Gelegenheit, sich aktiv an einem Abend voller Austausch, Inspiration, Empowerment und Bildung zu beteiligen.

Die Veranstaltung ermöglichte erstmals, dass Schwarzen Menschen im Zentrum der Demokratie ihre Geschichte, Perspektiven und Errungenschaften zu teilen und den Black History Month zu feiern. Der Erfahrungsaustausch zwischen engagierten Akteur:innen der Zivilgesellschaft und Politiker:innen bot eine Plattform des Kennenlernens und Netzwerkens. Im Schlusswort kündigte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dirk Wiese die Fortsetzung dieser wichtigen Veranstaltung für die SPD-Bundestagsfraktion an.

Ein besonderer Abend, der die Türen für weitere Dialoge, Anerkennung und Veränderungen geöffnet hat. Ich möchte mich bei allen Beteiligten für die Teilnahme und ihren Beitrag zu dieser historischen Veranstaltung bedanken. Weitere Fotos finden Sie auf der nächsten Seite!





**Gökhan Gültekin
Sedat Gürbüz
Said Nesar Hashemi
Mercedes Kierpacz
Hamza Kurtović
Vili Viorel Păun
Fatih Saraçoğlu
Ferhat Unvar
Kaloyan Velkov
#saytheirnames**

VIER JAHRE HANAU

Der vierte Jahrestag des rechtsterroristischen Anschlags von Hanau wurde kürzlich begangen. Neun junge Menschen fielen am 19. Februar 2020 rassistisch motivierten Morden zum Opfer. Diese neun Namen müssen fest in unseren Erinnerungen verankert bleiben.

Demonstrationen und Kundgebungen fanden bundesweit statt, um an die Ermordeten zu erinnern. Es ist unsere Verpflichtung gegenüber den

in Hanau Ermordeten, entschlossen gegen Rechtsextremismus vorzugehen. Der Jahrestag des Anschlags dient immer wieder als Anlass für eine klare Erkenntnis: Rechtsextremismus stellt die größte Bedrohung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar.

Das Engagement der Hinterbliebenen verdient Bewunderung und ich bin äußerst dankbar dafür, dass sie sich auf vielfältige Weise gesellschaft-

lich und politisch einbringen, um Rechtsextremismus entgegenzutreten. Es ist von entscheidender Bedeutung zu betonen, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit nicht nur Sache der Hinterbliebenen und politischer Akteur:innen ist, sondern stets eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt.

Wir dürfen die Ermordeten nicht vergessen!

Was lange währt...Der Bundeshaushalt 2024 und seine Bedeutung für unsere Stadt

Es ist eine wichtige Aufgabe für mich als Wahlkreisabgeordneten, eine direkte Verbindung zwischen meiner Stadt und der Bundespolitik in Berlin herzustellen. Deswegen direkt zu Beginn: Im nun beschlossenen Bundeshaushalt 2024 wird das Senckenberg Naturmuseum in Frankfurt bei Modernisierungen und Erweiterungen mit 500.000 Euro in Barmitteln und 10 Millionen Euro als Verpflichtungsermächtigung (also der Erlaubnis an die Bundesregierung, Mittel in diesem Umfang auch über 2024 hinaus zuzusagen) unterstützt.

Wer Politik für seinen Wahlkreis aber nur mit möglichst hohen Fördersummen gleichsetzt, greift aus meiner Sicht deutlich zu kurz. Als Abgeordnete werden wir gewählt, um Entscheidungen für das ganze Land zu treffen. Ich verstehe diese Aufgabe so, dass ich die Interessen der Menschen in Frankfurt und im ganzen Land zusammen denke, denn die meisten Herausforderungen enden nicht an der Frankfurter Stadtgrenze.

Ich bin stolz darauf, dass wir mit dem beschlossenen Haushalt nun einen klaren Fokus auf die Stärkung unserer Demokratie sowie der sozialen, inneren und

äußeren Sicherheit unseres Landes setzen. Einen Abbau des Sozialstaates wird es nicht geben. Gerade in schwierigen Zeiten stehen wir zu einem starken Staat, der seiner sozialen Verantwortung gerecht wird und die Bürgerinnen und Bürger nicht allein lässt.

Ein zentrales Frankfurter Thema ist Wohnraum. Für das Bauministerium sind nun Ausgaben von rund 7 Milliarden Euro eingeplant. Mit den Mitteln setzen wir den deutlichen Schwerpunkt auf die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, innovative Stadtentwicklung sowie auf ressourcenschonendes Bauen.

Auch die Verkehrspolitik spielt für Frankfurt als Knotenpunkt eine große Rolle. Die gute Nachricht: Wir investieren so viel wie noch nie in unsere klimafreundliche Verkehrsinfrastruktur. Besonders wichtig für das Erreichen unserer Klimaziele sind die Investitionen in unser Schienennetz. Dazu erhöhen wir das Eigenkapital der Deutschen Bahn AG bis 2027 um zusätzliche 12,8 Milliarden Euro.

Stichwort Verkehr: Bei der Bundespolizei schaffen wir 1000 neue Stellen zur weiteren Stärkung der inneren Sicherheit. Wir

haben außerdem Mittel bereitgestellt, um insgesamt 1157 neue Stellen beim Zoll zu schaffen.

Allzu oft wird leider die Bedeutung staatlicher Förderung für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt vernachlässigt. Mir war es deswegen sehr wichtig, dass geplante Kürzungen in diesem Bereich zugenommen werden. Seien es Freiwilligendienste, Migrationsberatung, Integrationskurse oder auch die Mehrgenerationenhäuser - gut, dass wir hier eine Korrektur erreicht haben. Gerade für Frankfurt als sehr vielfältige Stadt ist diese soziale Infrastruktur sehr wichtig.

Zur Stärkung unserer Demokratie gehört auch die Stärkung der Bildung. Aus Gesprächen mit Frankfurter Kulturinstitutionen weiß ich um die Bedeutung des KulturPasses für alle 18-Jährigen und bin deswegen froh, dass wir dieses gute Programm nun fortsetzen können. Insbesondere die Politische Bildung ist in diesen Zeiten elementar.

Kurz gesagt: Ich finde, der neue Bundeshaushalt kann sich sehen lassen. Trotz schwieriger Ausgangslage haben wir ein gutes Ergebnis erzielt.

“Lose-Lose?": Die diesjährige Münchner Sicherheitskonferenz

Wie in jedem Jahr fand in München die Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) statt und ich durfte dabei sein. Vom 16.-18. Februar, trafen sich über 900 Teilnehmer, rund 50 Staats- und Regierungschefs, mehr als 100 Minister und Vertreter von Think-Tanks, Nicht-regierungsorganisationen und Unternehmen. Die MSC ist eines der wichtigsten Treffen der sicherheitspolitischen Community.

Die Konferenz fand erstmals 1963 statt. In den ersten Jahrzehnten nannte sich die MSC noch „Wehrkundetagung“. Damals war die Gruppe der Teilnehmer recht klein, nur rund ein paar Dutzend. Seitdem ist sie zur größten Veranstaltung ihrer Art ge-

worden. Besonders dabei ist, dass die Konferenz nicht von staatlicher Seite organisiert wird und Gespräche außerhalb diplomatischer und protokollarischer Vorgaben ermöglicht.

In diesem Jahr, fand die Konferenz unter dem Motto „Lose-Lose?“ statt. Inspiriert von einem gleichnamigen Bericht, in dem konstatiert wird, dass sich angesichts wachsender geopolitischer Spannung und wirtschaftlicher Unsicherheit einige Regierungen globaler Zusammenarbeit und Kooperation zusehends skeptisch gegenüberstehen.

Vor diesem Hintergrund einer angespannten sicherheitspolitischen Weltlage und den in diesem Jahr anstehenden

US- und Europa-Wahlen, war der Austausch auf der MSC womöglich wichtiger als sonst.

Denn, nur wenn Entscheidungsträger gemeinsam in den Austausch treten, können Lösungen für die Probleme unserer Zeit gefunden werden. Die MSC ist dafür eine hervorragende Plattform. Es ist selbstverständlich, dass solche Diskussionen nicht ohne zum Teil sehr drastische Meinungsverschiedenheiten auskommen.

Nichtsdestotrotz stimmte mich die Konferenz hoffnungsvoll und von den faszinierenden Austauschen konnte ich persönlich viel mitnehmen. Ich freue mich bereits auf die Veranstaltung im kommenden Jahr!



Foto: MSC/Stache

Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen

Die vom Rechtsextremismus ausgehende Bedrohung für unsere Demokratie wurde durch das Potsdamer-Treffen schmerzlich vergegenwärtigt. In der Folge wurde eine Protestdynamik innerhalb der Gesellschaft losgetreten, die Hoffnung macht. Neben diesem gesellschaftlichen Entstehen gegen Rechtsextremismus und für die Demokratie, muss auch die Politik Antworten finden.

Es freut mich, dass die Bundesinnenministerin Nancy Faeser genau das tut. Das Innenministerium veröffentlichte jüngst eine Ausarbeitung der derzeitigen Bemühungen und weiteren Pläne im Kampf gegen Rechtsextremismus. Sämtliche Schwerpunkte des

Innenministeriums würden den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Als Digitalpolitiker begrüße ich insbesondere, dass die Bekämpfung vom Hass im Netz angemessen priorisiert wird.

Herauszuheben ist die geplante Stärkung der „Zentralen Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet (ZMI). Damit einher geht ein Forcieren der Löschung inkriminierender Inhalte von den entsprechenden Plattformen. So soll der Verbreitung einer verrohten Sprache entgegengewirkt werden.

Vor dem Hintergrund einer Häufung antisemitischer Vorfälle nach dem 7. Oktober ist ein besonderes Vorgehen gegen Antisemitismus un-

erlässlich. Im Rahmen des Bundesprogramms „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ (BGZ) soll in diesem Jahr der Themenschwerpunkt Antisemitismus in den Fokus gerückt werden. Darüber hinaus soll die Antisemitismus-Forschung intensiviert werden, so dass zukünftig noch gezielter gegen entsprechende Straftaten und Vorfälle vorgegangen werden kann.

Unabhängig von den konkreten Schwerpunkten, die das Innenministerium in seiner Ausarbeitung legt, bleibt: Demokratie muss gelebt werden. Nur wenn alle Demokraten und Demokratinnen gemeinsam eine Stimme finden, kann Extremismus etwas entgegengesetzt werden.



Foto: Fionn Große



Der AI Act wurde beschlossen

Ende Januar haben die Mitgliedsstaaten im EU-Rat für den AI Act gestimmt. Angesichts der Komplexität des Dossiers, vielschichtiger Interessenslagen und unerwarteten Blockaden war ein Scheitern bis zuletzt möglich. Als zuständiger Berichterstatter für die SPD-Bundestagsfraktion bin sehr erleichtert, dass die EU ihr Commitment zu der KI-Verordnung bestätigt hat. Denn klar ist: Wir brauchen den AI Act, um Grund- und Freiheitsrechte in der EU zu schützen und Vertrauen in die Technologie in der Bevölkerung zu stärken. Zudem schafft er Rechtssicherheit für unsere Unternehmen und fördert Innovationen z.B. durch Reallabore.

Klar ist aber auch: Der AI Act ist Ergebnis langer Verhandlungen und zahlreicher Kompromisse. An manchen Stellen hätte ich mir mehr gewünscht, z.B. bei den Regeln zu biometrischer Überwachung. Als SPD-Bundestagsfraktion hatten wir uns schon früh für ein Verbot von Echtzeit-Fernidentifizierung und strenge Vorgaben bei retrograder Identifikation eingesetzt.

Zudem bestehen mögliche Schlupflöcher in der Hoch-Risiko Klassifizierung: Zum Beispiel können KI-Entwickler zum Teil selbst entscheiden, ob ihre Systeme in diese Kategorie fallen und dadurch höhere Anforderungen umgehen. Nichtsdestotrotz: als erstes umfangreiches Regelwerk für KI ist der AI Act ein Erfolg.

Unter der Voraussetzung, dass auch das Europäische Parlament dafür stimmt, wird der AI Act im Sommer 2024 in Kraft treten. Durch knappe Übergangsfristen wird es aber essentiell, dass wir uns schon jetzt mit der nationalen Umsetzung auseinandersetzen. Dabei werden wir folgende Aspekte besonders in den Blick nehmen:

Nationale Aufsichtsbehörde: Mein Ziel ist es eine starke koordinierende Stelle zu schaffen, die Kompetenz und Wissen bündelt und so für eine effektive Umsetzung des AI Act sorgen kann. Eine Zerfaserung von Zuständigkeiten gilt es unbedingt zu verhindern.

Öffnungsklauseln: Der AI Act lässt den Mitgliedsstaaten Handlungsspielräume um die Regulierung im Arbeits- und Sozialbereich und für die Verwendung biometrischer Überwachung nachzujustieren. Diese Möglichkeiten werden wir nutzen.

KI-Transparenzregister: Dem Staat kommen bei dem Einsatz von KI in der öffentlichen Verwaltungen besondere Sorgfaltpflichten zu. Dieser besonderen Verantwortung wollen wir mit einem Register begegnen, das für jede:n zugänglich alle staatlich eingesetzten KI-Anwendungen inklusive ihrer Einsatzzwecke auflistet.

Flankierend zum AI Act ist es auch wichtig, dass wir unsere heimischen Unternehmen und Startups bei der Entwicklung von KI weiter unterstützen. Wir müssen sie von Bürokratie entlasten und sie durch gezielte Programme fördern. Für den KI-Standort Europa müssen Regulierung und Förderung zusammengedacht werden.



Das war meine Wahlkreistour

„Ist schon wieder Wahl?“, das wurde ich während meiner Wahlkreistour oft gefragt. Viermal im Jahr gehen mein Team und ich raus auf die Straße, um ansprechbar für die Anliegen der Bürger:innen zu sein. Dabei sind die Tage meistens sehr lang, denn wir starten früh morgens mit Frühverteilungen und enden meistens erst abends nach

mehreren Infoständen. Dabei lohnt sich der Aufwand definitiv, denn ich freue mich über jede Person, die zu uns an den Stand kommt und mir ihr Anliegen vorträgt. Diese Gespräche sind sehr wichtig für meine politische Arbeit, denn der Berliner Politikbetrieb ist oft eine in sich geschlossene Bubble. Sehr präsenste Themen waren

dieses Mal der Krieg in Gaza und die Einwanderungspolitik der Bundesregierung. Bis zu meiner nächsten Tour bleibe ich natürlich auch weiterhin ansprechbar. Sämtliche Anliegen können gerne über mein Büro an mich gegeben oder bei der nächsten telefonischen Bürgersprechstunde angesprochen werden.



Mein Informationsangebot: Bericht aus Berlin

Mir ist es wichtig, mit der Parteibasis in den Ortsvereinen in regelmäßigem Austausch zu stehen und über meine Arbeit in Berlin zu informieren. Daher habe ich zu meiner digitalen Gesprächsrunde "Bericht aus Berlin" eingeladen. Ich habe mich sehr gefreut, dass etwa 50 Genossinnen und Genossen meiner Einladung gefolgt sind. In meinem Bericht habe ich zwei Schwerpunkte besonders berücksichtigt: Der Erhalt der Demokratie und die Einigung zum Haushalt 2024.

Große Sorgen bereitet mir die Stärke der AfD, ebenso wie die aktuellen Recherchen über die menschenverachtenden Pläne und Deportationsfantasien von

Rechtsextremen in diesem Land. Ich begrüße die derzeitigen Demonstrationen für Demokratie und Solidarität überall im Land ausdrücklich, insbesondere natürlich auch in Frankfurt. Ich bin beeindruckt und es macht mich stolz, den Römerberg voller Menschen zu sehen, die ein Zeichen für ein buntes Frankfurt, für unsere Demokratie und gegen Ausgrenzung setzen.

Auch die Einigung zum Haushalt für das Jahr 2024 war keine einfache. Wir erleben einen hohen Spardruck und stehen zeitgleich vor der Herausforderung Zukunftsinvestitionen zu tätigen und den Sozialstaat nicht auszuhöheln. Letztendlich ist uns ein guter Kompromiss gelungen. Trotz der knappen

Haushaltsslage konnten wir verhindern, dass im Sozialbereich maßgeblich gekürzt wurde, und können so auch so wichtige Programme wie die „Respekt Coaches“ zur Prävention von Rassismus, Antisemitismus und Extremismus fortsetzen.

Aus der Teilnehmendenrunde kamen viele Diskussionsimpulse und angeregte Fragen zu einer großen Bandbreite an politischen Themen, von der Schuldenbremse über Migrations- und Bildungspolitik bis hin zu digitalen Plattformen. Ich schätze die harte Arbeit der Ortsvereine sehr wert, da sie sich tagtäglich ehrenamtlich für unsere Demokratie einsetzen. Daher sind mir solche Formate so wichtig.





Bericht von Balázs und James: Unser Schülerpraktikum im Wahlkreisbüro

Wir sind Balázs und James und gehen auf die Liebigschule bzw. die Ziehenschule und besuchen die 12. Klasse. Wir haben im Rahmen eines zweiwöchigen Schülerpraktikums im Wahlkreisbüro von Armand Zorn in Frankfurt die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten und seines Teams näher kennengelernt. Dabei wurden uns zahlreiche Aufgaben nähergebracht, wie z. B. die Beantwortung von Bürgeranfragen oder der E-Mail-Austausch mit Schulen, die Interesse an einem Besuch im Deutschen Bundestag haben.

Außerdem hatten wir neben den Tätigkeiten am Laptop noch weitere vielfältige Aufgaben. Dazu zählten das Aufhängen von Plakaten oder das Sammeln von Materialien zur

Vorbereitung der Wahlkreistour. Die Highlights jedoch waren die Außentermine, bei denen wir Armand begleiten durften. Dabei waren wir bei Terminen in einem Jugendtreff in Heddernheim und in einer Berufsschule in Höchst. Die Eindrücke, die wir dabei von der Armands Arbeit bekommen haben, waren sehr besonders und vor allem äußerst interessant.

Dabei hat uns besonders die Atmosphäre seines Teams gefallen. Engagiert, jung und jederzeit hilfsbereit. Außerdem war die Stimmung im Büro stets locker sowie entspannt und man konnte auch zusammen über Witze lachen. Auf unsere Fragen wurde ausführlich eingegangen, egal ob es um wirtschaftliche, politische

oder gesellschaftliche Aspekte ging. Dadurch und durch die Recherchearbeit haben wir vor allem in politischen Themen sehr viel dazu lernen können. Außerdem waren wir beide sehr überrascht darüber, wie viele Menschen hinter der Arbeit eines Abgeordneten stecken. Das Team in Frankfurt und Berlin zählt zusammen ganze 10 Mitarbeiter.

Des Weiteren haben wir erst wirklich durch das Praktikum gemerkt, wie viel ein Bundestagsabgeordneter leistet. Armand hatte so gut wie jede Stunde Termine und war andauernd unterwegs. Da bleibt nicht viel Zeit, um Freunde zu treffen oder sich zu auszurufen.



„Lieber James, lieber Balázs, vielen Dank, dass ihr mein Team und mich für die zwei Wochen begleitet und so tolle Arbeit geleistet habt. Ihr wart wirklich eine große Unterstützung. Ich wünsche euch alles Gute und viel Erfolg auf eurem weiteren Weg.“

“ Bis zum nächsten
Monat!

Impressum

Herausgeber: Armand Zorn
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 - 227 73895

E-Mail: armand.zorn@bundestag.de

Web: <https://www.armandzorn.de/>

Bildnachweise: falls nicht extra erwähnt:

David Lowis, Amelie Roese, unsplash, Pexels,
KI-generiert mit DALL-E, privat

Design & Layout: David Lowis

Erscheinungsjahr: 2024

[armandzorn.de](https://www.armandzorn.de)



[armandzorn.de/linkedin](https://www.armandzorn.de/linkedin)



[armandzorn.de/instagram](https://www.armandzorn.de/instagram)



[armandzorn.de/twitter](https://www.armandzorn.de/twitter)



[armandzorn.de/facebook](https://www.armandzorn.de/facebook)



[armandzorn.de/magazin-abo](https://www.armandzorn.de/magazin-abo)

